



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

C-r.: Vom deutschen Reichstag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Vom deutschen Reichstag.

Berlin, 12. Dezember 1875.

Am 7. Dezember wurde über die Petitionen berathen, welche die auf den 1. Januar 1877 festgesetzte Aufhebung der Eisenzölle theils hinauschieben wollen, theils aber für die Beibehaltung dieses Termines eintreten. Man weiß, welche Beunruhigung sich an die sogenannte Schutzollagitation in den letzten Monaten geknüpft hatte. Dadurch, daß der Reichstag über sämtliche Petitionen mit großer Majorität zur Tagesordnung überging, sind alle Zweifel wenigstens an der Aufhebung der Eisenzölle zu dem früher beschlossenen Termin beseitigt. Diese Gewißheit ist jedenfalls eine Wohlthat. Was die Verhandlung selbst anlangt, so sprach Löwe-Galbe für die Hinausschiebung der Aufhebung im Interesse der Arbeiter. Er sprach vortrefflich, mit Anführung erheblicher Thatsachen, durchaus den Gesichtspunkt der Humanität festhaltend, nirgend den Boden willkürlicher Interessenvertheidigung betretend. Ihm folgte Bamberger, wie immer höchst witzig und vielseitig, siegreich in allen Nebenpunkten, aber, wie dem Redner auch schon zuweilen begegnet, den Hauptpunkt überspringend*). Hierauf sprach v. Kardorff als Befürworter einer consequenten Schutzpolitik, ohne Theilnahme und sogar mit Ungeduld angehört, was nicht der Fall sein sollte. Denn man mag die Schutzollpolitik bekämpfen — wir bekämpfen sie an unserm Theil ebenfalls — geistreich und durchdachten, auf sorgfältiges Studium der faktischen Verhältnisse gestützten**) Argumenten sollte man immer Aufmerksamkeit schenken. Die wirtschaftliche Lage Deutschlands ist der Art, daß sie allen, die sich bestimmend oder theilnehmend damit zu beschäftigen haben, in den nächsten zehn Jahren noch recht harte Nüsse zu knacken geben wird. Da sollte man keine Discussion verschmähen, die zur gründlicheren Einsicht führen kann. Was war das z. B. für ein Wort von Bamberger: Die deutschen Schutzöllner hätten sich ihre Autorität von Amerika holen müssen? Das sollte sich auf Carey beziehen. Aber Carey ist eine Autorität nicht nur in den Vereinigten Staaten, wo er mit derselben dem deutschen Handel die Thür zugemacht hat, sondern nicht minder in Petersburg, wo er mit derselben nicht wenig beiträgt, dem deutschen Handel das Thor nach Osten zu verschließen. Von Carey holen sich Argumente die Anwälte des Schutzolls in Wien und in Rom. Der Mann ist eine überseeische Autorität, die man nicht erst herzuholen braucht, sondern deren Einfluß längst das Meer überschritten hat und eine große, für Deutschland verderbliche Wirkung ausübt. Carey räth uns

*) Wir halten die Bamberger'sche Rede durchaus für die beste und treffendste des Tages.
D. Red.

**) Wir können auch diese Auffassung unsres Herrn Berichterstatters nicht theilen. D. Red.

Deutschen an, in die Fußstapfen zu treten, die auf seinen Rath andere Nationen uns voranschreiten. Es mag gut sein, diesen Rath nicht zu befolgen, und dies ist sogar unsere eigne Ueberzeugung. Aber durch Verkleinerung wird man den Einfluß der Carey'schen Lehren nicht aus der Welt schaffen, sondern nur durch eingehende Bekämpfung mit Gründen. — Den Glanzpunkt der Verhandlung bildete die Rede des Präsidenten Delbrück, der, wie uns dünkt, während seiner ganzen Thätigkeit als Präsident des Reichskanzleramts niemals vortrefflicher gesprochen. Nach dieser Rede konnte man mit gutem Gewissen für den Fortfall der Eisenzölle stimmen, auch wer mit der Hinauschiebung nur einem ungünstigen Moment ausweichen, nicht aber zum Schutzzoll hatte zurückkehren wollen. Das überraschende und unwiderstehliche Argument Delbrück's war, daß die Lage der deutschen Eisenindustrie um kein Haar gebessert werden würde, auch wenn wir die Einfuhr fremder Eisenwaaren sofort ganz und gar verbieten wollten.

Am 9. Dezember wurde ein Antrag der Fortschrittspartei berathen, der die Wiederaufnahme der im vorigen Jahr nahezu um dieselbe Zeit angenommenen Resolution Hoverbeck bezweckte. In unserer an politischer und sozialer Bewegung überreichen Zeit sind wohl manchem Leser die vorjährigen Vorgänge entschwunden. Am 4. Dezember hatte der Abgeordnete Jörg, indem er das Kullmann'sche Attentat ungefähr als harmlosen Mißgriff eines Unzurechnungsfähigen bezeichnete, den Reichskanzler zu der bekannten Aeußerung genöthigt: Der Mörder hängt sich an Ihre Rockschöße. Am 11. Dez. wurde der Reichstagabgeordnete und Redakteur der Germania, Kaplan Majunke, zur Verbüßung einer Straffast eingezogen, deren Erkenntniß vor dem Beginn der Reichstagsession bereits rechtskräftig geworden. Darauf brachte am 12. Dezember der Abgeordnete Rasler einen dringlichen Antrag ein: die Geschäftsordnungscommission mit schleuniger Berichterstattung zu beauftragen, wie dieser Fall sich zu dem § 31 der Reichsverfassung verhalte, der die Reichstagsmitglieder vor Verhaftung ohne Genehmigung des Reichstags schützt, sofern es sich um ein noch nicht beendigtes Strafverfahren handelt. Am 16. Dezember wurde über den Bericht der Geschäftscommission berathen und eine Resolution des Abgeordneten Hoverbeck angenommen: die Würde des Reichstags erfordere eine Abänderung der Verfassung dahingehend, daß kein Mitglied des Reichstags ohne des letzteren Genehmigung, aus welchem Grunde immer, während der Session verhaftet werden könne. Darauf reichte Fürst Bismarck seine Entlassung ein. Das Entlassungsgesuch wurde zurückgenommen, als am 18. Dezember bei Gelegenheit der geheimen Ausgaben des auswärtigen Amtes Herr v. Bennigsen ein Vertrauensvotum für den Reichskanzler herbeiführte, welches jedoch die Fortschrittspartei, obwohl für die Bewilligung der geheimen Ausgaben stimmend, nicht zu theilen erklärte.

Dieser Vorgänge muß man sich erinnern, um zu verstehen, daß der jetzige, durch den Abgeordneten Hoffmann eingebrachte Antrag der Fortschrittspartei unmittelbar gegen den Reichskanzler gerichtet war. Der Antrag bezweckte eine Abänderung, bezüglich Erweiterung des Artikel 31 der Reichsverfassung im Sinne der Resolution Hoverbeck. Das Urtheil über den Inhalt ist sehr bald klar gestellt. Die Parlamente bedürfen des Schutzes ihrer Mitglieder gegen die willkürliche Verhängung gerichtlicher Untersuchung und Untersuchungshaft. Daß aber die Mitglieder der Parlamente der rechtskräftig ihnen zuerkannten Strafe entgehen sollen, ist ein unerhörtes Verlangen, das in der Verfassung keines großen Volkes ein Beispiel findet. Die Befürworter mußten ihre Beispiele aus Portugal und aus den Verfassungen einiger deutschen Duodezstaaten zusammenlesen, die man nach der Julirevolution anfertigte, ohne zu wissen, was man that, und deren Unschädlichkeit der Bundestag verbürgte.

Der Antrag hätte die einmüthige Ablehnung aller nationalen Fraktionen verdient. Er ist auch in namentlicher Abstimmung von 142 gegen 127 Stimmen abgelehnt worden. Aber einzelne Nationalliberale stimmten für den Antrag, darunter trauriger und unbegreiflicher Weise Herr v. Forckenbeck. Achtehn andere Nationalliberale enthielten sich der Abstimmung, weil sie mit Kaiser den Antrag an die Commission zur Berathung der Reichsjustizgesetze überweisen wollten, damit diese den Zweck des Antrags in der Strafprozeßordnung sicher stelle, da die Abänderung der Reichsverfassung ein ungangbarer Weg schien. Diese Nationalliberalen waren also im Grunde für den Antrag, und genau besehen hat derselbe die Majorität erlangt. Daß dies eine ernsthafte und kritische Situation ist, liegt auf der Hand.

Inzwischen hat am 8. Dezember die „Provinzial-Correspondenz“ einen Artikel gebracht, der den Ausspruch des Reichskanzlers, er könne ohne Strafbestimmungen gegen Beamte des auswärtigen Amtes die Verantwortlichkeit der Leitung dieses Amtes nicht länger tragen, dahin erläutert, daß, wenn der jetzige Reichstag die sogenannten Arnimparagraphen der Strafgesetznovelle verweigert, die Reichsregierung sowohl um dieser als um anderer unerläßlicher Bestimmungen willen an die Wähler appelliren will. Die „Provinzial-Correspondenz“ sagt allerdings nicht, daß der jetzige Reichstag eventuell aufgelöst werden wird, was erforderlich sein würde, wenn die Appellation an die Wähler schon im nächsten Jahre stattfinden sollte. Denn d. Red. hatte Recht, meinen lapsus memoriae im vorigen Brief bemerklich zu machen: die jetzige Reichstagsession ist nicht die letzte, sondern die vorletzte ordentliche der laufenden Legislatur. Immerhin behält sich der Kanzler die Appellation an die Wähler, wenn auch vielleicht erst für das Jahr 1877 vor. Nimmt also das Zerwürfniß mit der jetzigen Reichstagsmehrheit seinen Fortgang, so würde

die Parole der nächsten Wahlen lauten: Sie Bismarck! Sie nationalliberal! Oder die nationalliberale Partei müßte bis zur nächsten Wahl zerfallen und der Name müßte allein auf den an der Politik des Reichskanzlers festhaltenden Theil übergegangen sein.

Da der Antrag Hoffmann formell abgelehnt worden, und folglich die Majorität formell noch für den Reichskanzler ist, so könnte, wenn eine das Zerwürfniß vermeidende Behandlung bei der Strafrechtsnovelle gefunden würde, der angebeutete Verlauf aufgehalten werden. In der That sind jedoch die Elemente, welche die jetzige nationalliberale Partei bilden, so disparat, daß die Trennung derselben früher oder später doch unvermeidlich ist.*) Der größte Theil der Partei ist liberal-conservativ; geführt wird aber die Partei in der Regel von höchst talentvollen Männern, von denen die Mehrzahl nach ihren politischen Grundsätzen die Fortschrittspartei führen sollte. Dieser Zustand ist eine Mahnung, daß wir keineswegs das Recht haben, uns über die Coalition der Centren in Versailles mit ihren widerspruchsvollen Ergebnissen lustig zu machen, wie wir zu thun pflegen.

Die beiden letzten Sitzungen dieser Woche betrafen die Ausgaben für Elsaß-Lothringen, auf die zurückzukommen in andern Zusammenhänge Gelegenheit sein wird.

C — r.

Weihnachtsbücherschau.

Fünfundzwanzig neue Blätter aus „Albert Hendschel's Skizzenbuch“! Das war eine der erfreulichsten dießjährigen Weihnachtsüberraschungen. Mit den früher erschienenen Hefen zusammen enthält nun die ganze Sammlung hundert Blatt. Es wird wenige Künstler geben, die es wagen dürfen, eine so große Anzahl ihrer Skizzen herauszugeben, ohne dem ungestümen Ruf der Kritik zu begegnen: Manier, Manier! oder — was noch schlimmer ist, namentlich für den Verleger solcher Kunstartikel — sang- und klanglos zum Orcus hinabzusteigen. Hendschel's neue Skizzenbuchblätter dagegen liefern nur einen neuen Beleg zu der alten Wahrheit, daß kein Künstler tieferen Eindruck hervorbringt und sich mehr frei hält von Manier, als derjenige, der nur nach der Natur schafft. Daß dieß Hendschel's Streben, das Geheimniß seiner plötzlichen und stets steigenden Popularität in Deutschland ist, haben wir eingehend dargelegt in jenem ersten größeren Artikel, in dem

*) Aber wann? In Monaten oder Jahrzehnten?

D. Red.